



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

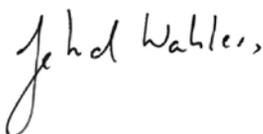
spätestens seit dem 11. September 2001 ist der internationale Terrorismus in die erste Reihe der globalen Bedrohungen vorgerückt. Auch wenn Anschläge und vereitelte Pläne nicht immer die Schlagzeilen bestimmen, ist die Gefahr doch stets präsent. Das zwingt den Staat in eine schwierige Lage. Einerseits ist es seine vordringliche Aufgabe – ja, seine *raison d'être* – die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Andererseits birgt der Schutz der Bürger vor terroristischen Anschlägen zahlreiche Fallstricke, denn Vorwürfe wie Eingriffe in die Privatsphäre und Panikmache sind schnell bei der Hand. Deutsche Innenminister wie Wolfgang Schäuble und Thomas de Maizière haben dies in den letzten Jahren ebenso erfahren wie amerikanische Heimatschutzbeauftragte.

Manche Beobachter lösen dieses Dilemma auf, indem sie argumentieren, dass Deutschland weit weniger Gefahr durch den Terrorismus drohe, als gemeinhin angenommen. Schließlich hat der internationale Terrorismus auf deutschem Boden in den letzten zehn Jahren kein einziges Opfer gefordert. Während auch europäische Metropolen wie Madrid und London von Anschlägen erschüttert wurden, blieb Deutschland bislang verschont. Wir leben aber keineswegs auf einer Insel der Glücklichen, sondern stehen aufgrund unserer liberalen westlichen Ordnung ebenso im Fadenkreuz gewaltbereiter Fanatiker wie unsere Verbündeten. Auch kann es einem Staat wie Deutschland, der von der Globalisierung und wechselseitiger internationaler Verflechtung überproportional profitiert, nicht gleichgültig sein, wenn Terroristen die bestehende Ordnung in anderen Teilen der Welt destabilisieren.

Die Beiträge in dieser Ausgabe erörtern, wie sich Deutschland und der Westen in angemessener Weise gegen den Terrorismus zur Wehr setzen können – sowohl aus europäischer als auch aus atlantischer Perspektive. Besondere

Bedeutung kommt dabei nicht nur den internationalen Netzwerken zu, die uns von außen bedrohen, sondern auch den sogenannten *homegrown terrorists*, jenen Menschen, die sich innerhalb der europäischen Gesellschaften radikalieren. Denn der spektakuläre Fall der Sauerland-Gruppe hat gezeigt, dass an der Schnittstelle von Integration und innerer Sicherheit eine entscheidende politische Herausforderung liegt. Darüber hinaus gilt es aber auch, den islamistischen Terrorismus in seinem jeweiligen regionalen Kontext zur begreifen. Seine verschiedenen Ausprägungen in, beispielsweise, Pakistan, Thailand und Indonesien erfordern verschiedene Wege seiner Bekämpfung. Unsere Aufgabe ist es, aus den ebenfalls sehr unterschiedlichen Erfolgsbilanzen Lehren für unsere eigene Strategie zu ziehen. Dank ihrer ausgezeichneten Präsenz auch im asiatisch-pazifischen Raum kann die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Prozess mit Informationen und Analysen aus erster Hand unterstützen.

Im Kern bleibt die Bekämpfung des internationalen Terrorismus aber eine Aufgabe der politischen Führung. Das gilt sowohl für die konsequente und verantwortungsvolle Koordination der Polizei- und Geheimdienstarbeit als auch für standfestes Engagement an der Seite unserer Partner bei zivilen und militärischen Stabilisierungseinsätzen wie derzeit in Afghanistan. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich: Internationaler Terrorismus als eine der Schattenseiten der Globalisierung ist ein sehr komplexes Phänomen, das der ständigen, geduldigen Erklärung durch die politisch Verantwortlichen bedarf. Bei allem Einsatz der Politik bleibt allerdings das grundlegende Dilemma erhalten, dass es absolute Sicherheit in einer liberalen und offenen Gesellschaft nicht geben kann. Wir als freie Bürger müssen lernen, das unvermeidliche Risiko mit „heldenhafter Gelassenheit“ (Herfried Münkler) zu ertragen – und zugleich entschlossen für die Verteidigung und Durchsetzung unserer Werte einzustehen.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär